

UN-Zukunftspakt

Digitale IDs, Impfpässe, massive Zensur – Die Staats- und Regierungschefs der Welt werden noch in diesem Monat in New York zusammenkommen, um Vorschläge zu erörtern, die nach Ansicht von Kritikern eine globale digitale ID und Online-Zensur einführen und dem UN-Generalsekretär beispiellose Notstandsbefugnisse verleihen würden.

13.09.2024 | Gastbeitrag von Michael Nevradakis, Ph.D.

Zu den Vorschlägen, die auf der [79. Generalversammlung](#) der Vereinten Nationen erörtert werden sollen, gehört der [Pakt für die Zukunft](#), den die UN als „Gelegenheit zur Schaffung internationaler Mechanismen, die die Realitäten des 21. Jahrhunderts besser widerspiegeln und auf die [Herausforderungen](#) und Chancen von heute und morgen reagieren können“ beschreiben.

Der vorgeschlagene Pakt für die Zukunft umfasst [11 politische Vorschläge](#). Dazu gehören Vorschläge für die Einrichtung einer UN-[Notfallplattform](#) und eines „[Globalen Digitalen Pakts](#)“ sowie Politikvorschläge zur [Informationsintegrität](#) und zur [Transformation der Bildung](#).

Zu den Vorschlägen der Vereinten Nationen gehört auch die [Erklärung über zukünftige Generationen](#).

Nach diesen Vorschlägen hätte der Generalsekretär die „[ständige Befugnis](#)“, eine „Notfallplattform im Falle eines zukünftigen komplexen globalen Schocks von ausreichendem Ausmaß, Schweregrad und Reichweite“ auszurufen.

Die Diskussionen über den Zukunftspakt finden im Rahmen des [Zukunftsgipfels](#) statt, der als „[hochrangige Veranstaltung](#), die die führenden Politiker der Welt zusammenbringt, um einen neuen internationalen Konsens darüber zu schmieden, wie wir eine bessere Gegenwart schaffen und die Zukunft sichern können“ beschrieben wird.

Die Vorschläge sind Teil von [Our Common Agenda](#), einer Initiative, die als „die Vision des Generalsekretärs für die Zukunft der globalen Zusammenarbeit“ beschrieben wird.

Gefährlich: Fehlende Kontrollen und Gegengewichte

Kritiker warnten [The Defender](#), dass die Vorschläge die persönliche und gesundheitliche Freiheit bedrohen, der U.N. nie dagewesene Befugnisse einräumen und zu einem international verbindlichen Vertrag führen könnten.

Die niederländische Anwältin [Meike Terhorst](#) sagte, die UNO versuche, „mehr Exekutivmacht“ zu erlangen.

[Francis Boyle](#), J.D., Ph.D., Professor für internationales Recht an der Universität von Illinois, sagte gegenüber *The Defender*: „Der Generalsekretär versucht, die [UN-Charta](#) zu umgehen und sich selbst [alle Befugnisse](#) zu übertragen, die er übernehmen kann.“

„Das Fehlen von Kontrollen und Gegengewichten ist äußerst besorgniserregend. Die Mitgliedstaaten werden nur sehr wenig oder gar keine Macht haben“, sagte Terhorst und wies darauf hin, dass diese Vorschläge zunehmend auf Widerstand stoßen, da sie die [nationale Souveränität bedrohen](#).

Die in dem Pakt enthaltenen Notstandsbefugnisse und andere Vorschläge könnten bedrohliche Folgen für die Menschheit haben, warnte Boyle.

„Die schlimmsten Folgen wären sicherlich extrem gefährliche [Impfstoffe](#), die wahrscheinlich gegen den [Nürnberger Kodex für medizinische Experimente](#) verstoßen würden, wie z. B. diese [mRNA-Impfstoffe](#), und dann auch [Zensur](#), völlige Zensur für jeden, [der anderer Meinung ist](#)“, sagte Boyle.

Andere Experten warnten davor, dass die U.N. nicht vollständig transparent ist.

Der unabhängige Journalist [James Roguski](#) meint: „Die Vereinten Nationen sind in Bezug auf den Prozess, der zum Zukunftsgipfel führt, nicht völlig transparent. Zum jetzigen Zeitpunkt wurde noch kein Konsens erzielt und der Status der drei Dokumente wurde der Öffentlichkeit nicht ehrlich dargelegt“.

Roguski merkte an, dass eine [vierte Überarbeitung des Global Digital Compact](#) am 27. August verfasst wurde, aber „nicht auf der UN-Website öffentlich zugänglich gemacht worden ist“.

Und laut Dr. Meryl Nass, der Gründerin von [Door to Freedom](#), stellt der Pakt „die UN in den Mittelpunkt internationaler Angelegenheiten und verleiht ihnen nicht näher bezeichnete Befugnisse“. Er enthält keine Definitionen für die verwendeten Begriffe, „so dass er später auf eine Art und Weise interpretiert werden kann, die den Bürgern vielleicht nicht gefällt“.

Ein Mittel zur Beschleunigung des Great Reset?

Kritiker brachten die Vorschläge der UNO auch mit der Agenda anderer internationaler Organisationen wie dem [Weltwirtschaftsforum](#) (WEF) in Verbindung, das den [Great Reset](#) und die [vierte industrielle Revolution](#) propagiert.

„Im Geiste sind der Gipfel und der Pakt für die Zukunft eine Wiederbelebung des Great Reset“, sagte [Tim Hinchliffe](#), Herausgeber von [The Sociable](#). „Beide sprechen über die Neugestaltung unserer Welt, was den Wunsch beinhaltet, [das Finanzsystem umzugestalten](#) und eine globale Governance für Themen wie den Klimawandel, die Gesundheitsversorgung und alles, was mit den SDGs ([Sustainable Development Goals](#), Nachhaltige Entwicklungsziele) zu tun hat, umzusetzen.“

„Während das WEF keine direkte, autoritative oder legislative Macht hat, um seine Agenda umzusetzen, würde der Pakt für die Zukunft von den Mitgliedstaaten unterzeichnet werden, deren Regierungen die tatsächliche Exekutiv- und Legislativgewalt ausüben“, so Hinchliffe.

„Sie versuchen, die [WEF-Agenda](#) in solides internationales Recht und von dort aus in solides nationales Recht umzuwandeln“, sagte Boyle.

Laut [Michael Rectenwald](#), Ph.D., Autor von „[The Great Reset and the Struggle for Liberty: Unraveling the Global Agenda](#)“, wurden die UN-Vorschläge „zur [Unterstützung der 2030-Agenda](#) für nachhaltige Entwicklung und des damit angestrebten Regimes der ‚Global Governance‘ verfasst“.

Rectenwald sagte, dass die Vorschläge die „Beschleunigung der Erreichung der SDGs“ beinhalten und den fortgesetzten Versuch der UNO darstellen, „ein [globales](#) sozialistisches Weltsystem zu etablieren, das ‚inklusiv‘ und ‚gerecht‘ ist.“

Inklusion wird durch technologische Mittel wie die Überwindung der „digitalen Kluft“ erreicht, die von der allgemeinen Annahme eines [digitalen Identitätssystems](#) abhängt. Die digitale Identität ist das Mittel, durch das man „einbezogen“ wird und ohne das man im Grunde nicht existiert. Daher darf es nichts geben, was außerhalb des Systems steht, d. h. [totalitäre Regierungsführung](#)“, so Rectenwald.

Global Digital Compact fordert digitale ID und Impfpässe

Der Pakt für die Zukunft wird von einem Vorschlag für einen „Globalen Digitalen Pakt – eine offene, freie und sichere digitale [Zukunft für alle](#)“ flankiert.

Der im Mai 2023 [veröffentlichte Vorschlag](#) enthält „Grundsätze, Ziele und Maßnahmen zur Förderung einer offenen, freien, sicheren und auf den Menschen ausgerichteten digitalen Zukunft, die in den universellen Menschenrechten verankert ist und die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung ermöglicht“.

Der Pakt enthält jedoch Vorschläge für die Einführung eines [digitalen Personalausweises](#), „[digitaler öffentlicher Güter](#)“ und „[digitaler Produktpässe](#)“ und fordert dazu auf, „[gegen Desinformation vorzugehen](#)“ und den „Missbrauch“ von Online-Tools zu verhindern.

„Mit der digitalen ID ist es für Regierungen einfacher, Stimmen mit einer anderen Meinung zu zensieren und zu bedrohen“, sagte Terhorst. „In den UN-Vorschlägen wird von der Unterdrückung von ‚Desinformation‘ oder ‚Hassreden‘ gesprochen. Wer soll entscheiden, welche Informationen richtig und welche falsch sind?“

Das Positionspapier [Information Integrity on Digital Platforms](#) geht noch weiter und befasst sich speziell mit „Bedrohungen der Informationsintegrität“, wie zum Beispiel so genannten „Fehl- und Desinformationen“. Außerdem wird ein „empirisch gestützter Konsens über Fakten, Wissenschaft und Wissen“ gefordert, wobei jedoch nicht geklärt wird, wie dieser „Konsens“ ermittelt werden soll.

In ähnlicher Weise wird in einem Kurzdossier zum Thema [Transformation der Bildung](#) vorgeschlagen, „Praktiken einzubauen, die die Fähigkeit von [Lernenden und Lehrenden](#) stärken, sich in der zunehmenden Flut von falschen und gefälschten Informationen zurechtzufinden“.

Die Übereinkunft schlägt auch „neuartige plattformbasierte Impfstofftechnologien und intelligente [Impfstoffherstellungsverfahren](#) vor, um eine größere Anzahl qualitativ hochwertiger Impfstoffe zu produzieren“.

Terhorst sagte, **das Ziel der digitalen ID sei die Einführung eines globalen Impfpasses, der „das Recht eines jeden aufhebt, eine [Impfung](#) abzulehnen“.**

Hinchliffe wies darauf hin, dass die UN „Grundsätze für einen [Verhaltenskodex](#) aufgestellt haben, der nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch private Gruppen wie [Interessengruppen](#), digitale Plattformen, Werbetreibende und Nachrichtenmedien auffordert, [Narrative zu unterdrücken](#), die den Vereinten Nationen und den SDGs zuwiderlaufen“.

Generalsekretär versucht, sich als UN-Diktator zu etablieren

Laut Boyle soll der Generalsekretär der Vereinten Nationen „als Sekretär fungieren, der für das Sekretariat verantwortlich ist“, aber mit diesen Vorschlägen werde versucht, „sich selbst als Diktator der UN aufzustellen“. Er wies darauf hin, dass die UN aus [sechs unabhängigen Organen](#) bestehen, die durch diese Vorschläge jedoch in ihrer Unabhängigkeit beeinträchtigt werden könnten.

„Er hätte Autorität über sie und könnte wohl auch Autorität über UN-Sonderorganisationen wie die Weltgesundheitsorganisation ausüben. Das steht im Zusammenhang mit den [Internationalen Gesundheitsvorschriften](#) und dem [Pandemievertrag](#)“, sagte Boyle.

Boyle argumentierte, dass die UN, indem sie den Pakt für die Zukunft ausdrücklich als „Pakt“ bezeichnen, absichtlich „versuchen, dies in einen internationalen Vertrag zu verwandeln, der gemäß der [Wiener Konvention über das Recht der Verträge](#) bindend ist“.

„Wenn man es einen Pakt nennt, fällt das eindeutig unter die Wiener Konvention“, sagte Boyle.

„Wir befinden uns hier in einem Kampf um unser Leben. Die Welt muss vor den Gefahren dieses Paktes gewarnt werden.“